

Soziale Arbeit und die Ökonomie des Gemeinwesens

Überlegungen zu einer sozialpolitischen Entwicklungsaufgabe

Soziale Arbeit und Ökonomie – eine schwierige Beziehung

Die sozialpolitische Absicherung der historisch neuen gesellschaftlichen Risikolagen der arbeitenden Bevölkerung wurde in den westlichen Industriestaaten seit Beginn des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss sozialer Bewegungen für die Rechte von BürgerInnen durchgesetzt. Sozialpolitische Rechtsansprüche und professionelle Soziale Arbeit mit Einzelnen, Gruppen und Gemeinwesen bedeuteten einen wesentlichen Schritt gesellschaftlicher Evolution.

Der Markt sollte die ökonomische Wertschöpfung und die Einbindung von Menschen als Arbeitskräfte gewährleisten. Die Wertverteilung sowie die Korrektur des Marktzugangs und Marktergebnisses sollten durch staatliche Politiken erfolgen. Die Besteuerung der Unternehmen diene der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben wie Bildung, öffentliche Infrastruktur, Kultur, Soziales und Gesundheit, und die soziale Absicherung der Arbeitskraft sollte durch Systeme sozialer Sicherung und Versorgung gewährleistet werden.

Diese Arbeitsteilung einer „sozialen Marktwirtschaft“ verwies Soziale Arbeit auf marktflankie-

rende und -stabilisierende Funktionen, auf den außerökonomischen Bereich also. Es bleibt seit Jahrzehnten nicht unbemerkt, dass sich unter den Bedingungen des als „Globalisierung neoliberaler Prägung“ beschriebenen epochalen Wandels die Parameter dieses Modells der industriellen Moderne tief greifend verändert haben.

Das Verhältnis gemeinwesenorientierter Sozialarbeit zum Wirtschaftssystem z. B. reduziert sich in den europäischen Staaten überwiegend auf flankierende und ergänzende Beschäftigungspolitik.

Angesichts der neuen Formen gesellschaftlicher Plünderung und Enteignung, der Angriffe auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Menschenrechte und die Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen, sind neue, integrierende Ansätze der Sozialpolitik und Sozialarbeit erforderlich die lokales und bedarfsorientiertes Wirtschaften als sozialen Handlungszusammenhang fördern.

Die Ökonomie des Gemeinwesens – Idee und normativer Anspruch

Viel stärker als bisher ist unter den Folgen der Globalisierung neoliberaler Prägung und der Änderung der Erwerbsarbeitsstrukturen der lokale Lebensraum als Ort aktiver Teilhabe und Integration, kollektiver Selbstorganisation sowie nachhaltiger Entwicklung im Kontext sozialpolitischer Überlegungen zu betrachten, ohne die sozialen Ansprüche des Einzelnen aufzugeben.

Susanne Elsen

Die zukunftsfähige Gestaltung des Sozialen wirft die Frage nach einer Logik des sozial eingebundenen Wirtschaftens auf, das der Erhaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Evolutionsfähigkeit dient. Aus dieser Perspektive ist Wirtschaften von den Bedürfnissen der Menschen und Gemeinwesen aus zu denken. Es geht um Lebensqualität, um die gerechte Verteilung der erarbeiteten Werte, um selbst bestimmtes Leben und den Umgang mit der Natur.¹ Jedes Projekt mit einem solchen Anspruch, steht im Widerspruch zu übermächtigen Kapitalinteressen, die nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch die Denkstrukturen von Menschen beherrschen.

Dabei zeigt sich, dass der Begriff „Gemeinwesen“ Ziele, Koordinationsprinzipien und Grenzen dieser sozialen Ökonomie impliziert. Der Entwurf einer am Gemeinwesen orientierten Ökonomie geht von diesen grundlegenden Implikationen des Begriffs aus:

1. Der untrennbaren Einheit der Nutzung, Herstellung und Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen
2. Der erhaltenden Bewirtschaftung des „gemeinen Eigenen“²
3. Der Gestaltung der sozialkulturellen Lebenszusammenhänge in Formen der vertikalen Vergesellschaftung auf der Basis von Assoziation und Freiwilligkeit.³

In den konkret vorfindbaren Formen gehen Ansätze, die der Idee einer Ökonomie des Gemeinwesens nahe sind, von grundlegenden humanen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen aus. Wirtschaften ist aus dieser Perspektive vornehmlich aus seiner reproduktiven Funktion für Menschen und Gemeinwesen zu betrachten.⁴

Was wir als Ökonomie des Gemeinwesens suchen, existiert und existierte immer im Schatten der dominanten Ökonomie und es entsteht derzeit weltweit neu. In der internationalen Diskussion geraten diese Ansätze als Alternativ- und Komplementärstrukturen der zunehmend krisenhaften neoliberalen Praxis ins Licht öffentlichen Interesses. Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Formen und Entstehungskontexte weisen sie deutliche Gemeinsamkeiten auf.

In der europäischen Diskussion wird von einer sozialen Ökonomie im „Dritten Sektor“⁵ ausgegangen, dem eine Vielfalt von Organisationen zuzuordnen sind, die jenseits des öffentlichen und privaten Bereiches agieren und nicht privater Gewinnmaximierung dienen. Dabei ist die zentrale Frage nicht die der Gewinnerzeugung, sondern die der Gewinnverwendung, die diesen Bereich von der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterscheidet. Neben Vereinen, Stiftungen und Gegenseitigkeitsgesellschaften, gehören ihm auch Genossenschaften an.⁶ Im europäisch-romanischen Raum wird bei Kooperativen und ökonomi-

scher Selbstorganisation von „économie solidaire“ gesprochen.⁷

Solidarökonomie überschreitet die Grenzen von Staat und Markt und wurzelt in der Zivilgesellschaft. Sie erzeugt gerade dadurch neue Möglichkeitsstrukturen und bedarfsgerechte Lösungen. Die Potentiale liegen in der erweiterten Handlungslogik des Agierens im intermediären Raum sowie in der Wirkung des Engagements bürgerschaftlicher AkteurInnen für eigene und gemeinsame Belange.

Solidarökonomie steht gegen die Dominanz der Gewinn- und Konkurrenzprinzipien als alleinige Steuerungsmodi ökonomischen Agierens. Sie steuert sich durch Solidarität und generiert sie gleichzeitig durch Kooperation und solidarische Bewirtschaftung von Ressourcen.

Es handelt sich nicht nur um einen sozialen Sektor, der die Mängel und Fehler von Markt und Staat korrigiert, sondern um eine eigenständige Logik wirtschaftlichen Handelns mit sozialen Zielsetzungen. Solidarökonomie ist geprägt von den Handlungsprinzipien Freiwilligkeit, Solidarität, Kooperation, demokratische Organisation, Assoziation, Selbstorganisation und Gemeinwohlorientierung. (Monetäres) Kapital hat dienende Funktion.

Die normativen Prämissen der Ökonomie des Gemeinwesens sind zugleich strategische Handlungsweisen. Folgende Kriterien verbinden die solidarökonomischen Bewegungen im internationalen Raum:

1. demokratische Unternehmenskultur (nominales Stimmrecht: *one person, one vote*),
2. inklusives Eigentum (Nutzungseigentum),
3. Bedarfswirtschaftliches Handeln (nicht primär profitorientiert),
4. Gewinnverwendung (Zweckbindung des Gewinns),
5. soziale Einbindung.

Es sind die mehr als 150-jährigen Organisationsprinzipien der internationalen Genossenschaftsbewegung, die die Basis bilden. Das Verständnis von Arbeit, welches dem Konzept der Ökonomie des Gemeinwesens zugrunde liegt, basiert auf einem erweiterten Blick auf gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit, die Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit, Eigenarbeit, Tausch, Subsistenzwirtschaft, Kooperativarbeit, Erwerbsarbeit und Formen bürgerschaftlichen Engagements einbezieht.

Der zentrale Begriff „Gemeinwesen“ impliziert Reziprozitätsnormen. Dies sind Gegenseitigkeits- und Gerechtigkeitsvorstellungen, welche Tauschakte zwischen Menschen auf der Basis von Gleichheit bestimmen.

Das „gemeine Eigene“ (*common good*) und der „gemeine Nutzen“ (*access for all*) bilden die essentiellen Grundlagen des Gemeinwesens.

Was wir als Ökonomie des Gemeinwesens suchen, existiert und existierte immer im Schatten der dominanten Ökonomie und es entsteht derzeit weltweit neu.

Gemeinwesenökonomie als reale Utopie

Das Konzept „Gemeinwesenökonomie“ ist keine einheitliche wirtschaftswissenschaftliche Position. In ihrer konkreten Ausprägung ist sie ein normatives und zugleich in vielfältigen Variationen historisch⁸ und aktuell weltweit vorfindbares reales Phänomen. Ihre Geschichte als Gegenentwurf zur kapitalistischen Wirtschaftsweise lässt sich über fast zweihundert Jahre nachzeichnen.

Beispiele finden sich auch heute weltweit da, wo Menschen sich gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit im Gemeinwesen aneignen, wo sie Formen entwickeln, sich durch Subsistenzwirtschaft und Tausch den Kapitalzwängen teilweise zu entziehen, wo sie der Kommerzialisierung und Enteignung ihrer Lebensgrundlagen kooperative Alternativen entgegensetzen und wo sie solidarökonomische Varianten miteinander oder für und mit Menschen konstruieren, die der Solidarität bedürfen. Es sind kollektive, kooperativ und vernetzt agierende Komplementärformen und Gegenentwürfe, die die Idee des Ganzen enthalten. Sie müssen eine Ausweitung der Handlungsoptionen der benachteiligten AkteurInnen ermöglichen und den Belangen des Gemeinwesens nicht schaden.

Aktuelle Beispiele und ein Versuch ihrer Erklärung

Gemeinwesenökonomie entstand und entsteht auch heute weltweit einerseits mangels anderer Möglichkeiten der Existenzsicherung und sozialökonomischer Teilhabe und/oder als expliziter und reflexiver Gegenentwurf zu den Übergriffen der globalisierten Marktwirtschaft. In armen und unterentwickelten gehaltenen Regionen der Welt sind traditionelle Formen, die der Logik einer Ökonomie des Gemeinwesens nahe kommen, nach wie vor die wichtigste Basis der Existenzsicherung.

Wie vor 100 Jahren greifen aber auch in den Industriestaaten, in denen die ökonomische Selbstorganisation aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt wurde, wieder verstärkt Menschen auf diese Ansätze der Sicherung zentraler Lebensvoraussetzungen zurück. Zur Selbsthilfe wird in den Wohlfahrtsstaaten erst dann gegriffen, wenn bei einer lang anhaltenden Krise alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Ökonomische Selbsthilfe vollzieht sich aktuell in den Bereichen Arbeit, Erhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Stärkung der lokal-regionalen Wirtschaft und lokale Kontrolle über Geld.

Gründungen von Kooperativunternehmen lassen sich in den Industrieländern in folgenden Bereichen feststellen:

1. Unternehmen der alternativen Arbeitsorganisation gewerblicher Wirtschaft (Belegschaftsbetriebe), die das Ziel haben, Erwerbsarbeit vor Ort durch kooperative Betriebsübernahmen zu sichern.

2. Kooperative Unternehmen im Bereich alternativer lokaler Arbeitsmarktpolitik mit Frauen und Männern, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

3. Produktivgenossenschaften überwiegend hochqualifizierter Kräfte beispielsweise im Ingenieurwesen und im IT-Bereich, die im Markt und im öffentlichen Sektor keine sicheren Arbeitsplätze mehr finden und ihre Chancen im Markt gemeinsam verbessern oder auch Produktivgenossenschaften im medizinischen Bereich.

4. Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsgenossenschaften, die dem Abbau und den Qualitätseinbußen durch Privatisierung in diesem Bereich entgegen wirken sollen. Diese sind auch aus der Perspektive der Emanzipation der TrägerInnen/NutzerInnen (*independent living*) zu betrachten, die sich damit von einer Entmündigung durch „Experten“ verabschieden.

5. Verbraucher- und Konsumentenkooperativen entstehen an den Nahtstellen von Städten und Regionen insbesondere als Folge der Skandale der industriellen Lebensmittelproduktion.

6. Kooperativen und Fonds, die die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Wohnung, Energie, Wasser) durch die lokale Bevölkerung gegen Kommerzialisierung sichern.

7. Bemühungen um die lokale Kontrolle von Geld in Form von Alternativ- und Komplementärwährungen, lokalen Bankkooperativen und Investitionsfonds⁹ um die lokale Wertschöpfung und soziale Integration zu fördern. Innerhalb zivilgesellschaftlicher Kontexte und aus berufsständischer Organisation heraus hat sich ein reiches Spektrum aus lokalen Komplementärwährungen, Tauschsystemen und genossenschaftlichen Unternehmen gebildet.¹⁰

8. Bewegungen zur Aneignung und selbstbestimmten Nutzung von Boden zur Wiedergewinnung von Subsistenzmöglichkeiten in Städten.

9. Initiativen des Fair-Trade, Fair-Investment und der Kontrolle des öffentlichen Beschaffungswesens bezüglich der sozialen und ökologischen Verträglichkeit sind innerhalb von nur fünf Jahren aus ihrem Nischendasein getreten. Diese Initiativen, oft verbunden mit der Förderung eigenständiger lokaler Kooperativen in Entwicklungsländern, ist als Investition Brücken bildenden Sozialkapitals von der reichen in die arme Welt oder auch als Gemeinwesenarbeit in der Weltgesellschaft zu betrachten.

Zur gesellschaftlichen Bedeutung sozialökonomischer Selbstorganisation

Alle ökonomischen Alternativ- und Komplementärformen haben soziale und sozialpolitische Bedeutung und verweisen auf einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Ideologie und Praxis. Sie bewegen sich im Bereich von sechs Bastionen, auf die diese Ökonomie Anspruch erhebt:

Solidarökonomie überschreitet die Grenzen von Staat und Markt und wurzelt in der Zivilgesellschaft. Sie erzeugt gerade dadurch neue Möglichkeitsstrukturen und bedarfsgerechte Lösungen.

Genossenschaftliche Ökonomien sind die klassischen Alternativen zur kapitalistischen Verwertung und Enteignung.

1. die generelle marktförmige Organisationsweise aller ökonomischer Belange,
2. die marktförmige Verwertung und Bewirtschaftung öffentlicher, kultureller, intellektueller und biologischer Güter,
3. die Verwertungsbedingungen von Arbeitskraft,
4. die Entscheidungsmacht über ökonomische Teilhabe oder Ausgrenzung,
5. die Bestimmung des Preises aller dieser Güter,
6. die Definition der Logik des Geldes,
7. die Gestaltung des Sozialen als ökonomieexternes System zugunsten der ökonomischen Verwertungsbedingungen.

Neben den aus reiner Not und mangels Alternative entstehenden „Volks-Ökonomien“ gilt es die Varianten zu beachten, die reflexiv als Alternativen zu den Verwerfungen oder als verantwortlicher Schritt in Richtung nachhaltige Gesellschaft entstehen, die die vitalen Grundlagen der Lebenswelten gegen die Eigendynamiken der durch administrative Macht und Geld gesteuerten Subsysteme mittels basisnaher und selbstorganisierter Formen stärken.¹¹ Sie verfügen über das kritische Bewusstsein, welches sie zu Verbündeten einer sozialökonomischen Innovation mit und zugunsten sozial Benachteiligter macht.

Anschlussfähig an dieses „Neue“ ist „das Alte“, die vormodernen Varianten einer pluralen Ökonomie, die in peripheren Weltregionen vor der vollkommenen Durchdringung durch die Marktwirtschaft oder in den Ökonomien der Armut in indigenen Gemeinschaften oder auch in den Armutsökonomien der Wohlfahrtsstaaten überlebt haben.¹² Die AkteurInnen beider Entstehungskontexte, der vormodernen wie der neuen, erwarten keine Lösung aus den „Kathedralen der Macht in Wirtschaft, Wissenschaft und Staat.“¹³ Sie haben diese vielmehr als Teil der Problemursachen erkannt.

Lebensweltliche Mischlogik als sozialpolitisches Potential

Die Entgrenzungen und Uneindeutigkeiten, z. B. wirtschaftliches Handeln mit sozialer Zielsetzung, resultieren aus dem lebensweltlichen Kontext und den Koordinationsformen, die Entgrenzungen und Entdifferenzierungen innerhalb und zwischen funktional differenzierten Bereichen und jenseits von ihnen erzeugen. Lebensweltliche Fragen und Nöte und die Koordination von Handeln durch Kommunikation, Kooperation und Solidarität, sprengen die Eindeutigkeiten der Systemlogiken.

Die entstehenden Parallel- und Komplementärökonomien sind hybride Organisationen, die transversal zu gesellschaftlichen Systemen sowohl soziale und ökologische als auch ökonomische Ziele verfolgen, im ökonomischen Bereich agieren, aber Teil der organisierten Zivilgesellschaft sind.

Die Prozesse der Einmischung sozialer Bewegungen in Formen der Assoziation und sozialökonomischen Selbstorganisation sind Grenzüberschreitungen aus der Lebenswelt in den politischen und ökonomischen Sektor. Sie bewirken auch eine Entmonopolisierung von Sektoren und Sachverstand und das Eindringen neuer AkteurInnen und lebensweltlicher Logiken in die Systeme Staat und Markt.

Genossenschaftsgründungen als sozialökonomische Unternehmen, die aus lebensweltlichen Zusammenhängen resultieren, spiegeln solche sozialökonomische Transformationsprozesse in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländern. Sie verdeutlichen auch die Möglichkeiten, die aus dem prozesshaften Agieren an den Nahtstellen von Markt, Staat und Zivilgesellschaft resultieren. Genossenschaftliche Ökonomien sind die klassischen Alternativen zur kapitalistischen Verwertung und Enteignung. Ihre neuen Entwicklungen sind nicht zu verstehen als Rückfall vor die Moderne, sondern vielmehr als Vorgriff auf Wege in eine andere Moderne.¹⁴ Ihr konkret ökonomisches Potential liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften, der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Das gesellschaftspolitische Potential einer alten Form des sozialen und lokalen Wirtschaftens verdeutlichen aktuelle Beispiele aus Industrie-, Entwicklungs- und Transformationsländern:

- Die Vergenossenschaftlichung sozialer und gesundheitlicher Dienste ist in Transformations- und Entwicklungsländern Substitut für familiäre Leistungen, die in Folge von Traditionsverlusten und veränderten Wohn-, Arbeits- und Lebensformen nicht mehr selbstverständlich sind.
- Die Vergenossenschaftlichungen öffentlicher Dienste in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales substituieren in Industrieländern öffentliche Anbieter. Es handelt sich bei den Sozial-, Gesundheits- und Bildungsgenossenschaften zwar um Re-Privatisierung öffentlicher Leistungen, da sich der Staat aus der Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurückzieht, doch birgt diese Variante die Möglichkeit, eine rein kommerzielle Privatisierung durch bürgerschaftlich kontrollierte Organisationsmodelle zu verhindern und den Zugang für alle zu sichern.
- Vergenossenschaftlichungen im ökonomischen Sektor haben unterschiedliche Funktionen: In Entwicklungs- und Transformationsländern können sie den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren. Sie sind zudem unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage, herkömmliche Unternehmen durch genossenschaftliche Umwandlung zu stabilisieren und zu erhalten.

Soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft und sozialökonomische Entwicklung

Nicanor Perlas, Präsident des Philippinischen Zentrums für Alternative Entwicklungsinitiativen (CADI) und Träger des alternativen Nobelpreises, setzt große Hoffnungen in die Kraft der Zivilgesellschaft, die sich seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts lokal und global vernetzt Gehör verschafft habe. Perlas definiert Zivilgesellschaft als eine der Dimensionen der soziokulturellen Lebenswelt, die spezifische Rollen, Normen, Praktiken, Beziehungen und Kompetenzen repräsentiere. Diese Praktiken und Normen der Zivilgesellschaft – Assoziation, Selbstorganisation und organisierte Kommunikation – seien nicht auf einzelne gesellschaftliche Sphären beschränkt und wirkten im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich.¹⁵ Die erstarkende Zivilgesellschaft sei, so Perlas, eine ausgleichende dritte Kraft. Er spricht von einer neuen Umverteilung der Macht zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Diese Umverteilung deutet er als Prozess hin zu einer gesellschaftlichen Dreigliederung (*threefolding*) von Politik, Kultur und Wirtschaft.

Was Perlas unter Dreigliederung versteht, bedeutet kein sektorales Gegeneinander, sondern eine integrierende Verbindung von Politik, Wirtschaft und Kultur durch das kritische Engagement von BürgerInnen, die sich für die Belange der Gesellschaft und der Natur einsetzen. Sozial und ökologisch verantwortliches Wirtschaften sieht er als eine globale Kraft, die die soziale Dynamik der Dreigliederung verstärke. Die vermittelnde Rolle zwischen Zivilgesellschaft und Staat sei ebenso unentbehrlich wie die Verwurzelung der politischen in der Zivilgesellschaft.¹⁶

Sozialökonomische Selbstorganisation und sozialpolitische Innovation

Jürgen Habermas betont, dass es keine Alternative zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau des Sozialstaates gebe, doch dass es einer innovativen Kombination von administrativer Macht und intelligenter Selbstbeschränkung bedürfe, um die destruktiven Wirkungen des interventionistischen Staates auf die Lebenswelten einzudämmen. Dies weist in die Richtung einer gestaltenden Sozialpolitik, die zivile Selbstorganisation ermöglicht und fördert.

Ansatzpunkt sozialpolitischer Reformbemühungen sollte tatsächlich die Arbeitslosigkeit sein. Doch Arbeitslose und Arme müssen durch kollektive Selbstorganisation zu einer sozialen Bewegung werden können. Die in der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erkennbare Ignoranz gegenüber kooperativen und gemeinschaftlichen Handlungsansätzen, z. B. genossenschaftlichen Gründungen mit beschäftigungsorientierten und sozialen Zielsetzungen, und die Fixierung auf individualisierte Ursachenerklärungen und Interven-

tionen hat tief liegende historische Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft. Solidarische und diversifizierte Lebens- und Nutzungsformen werden systematisch abgewehrt und als Bedrohung partikularer Interessen wahrgenommen.¹⁷

Die politische und rechtliche Ermöglichung sozialökonomischer Selbstorganisation oder deren sozialpolitische Förderung, wie sie beispielsweise in Italien praktiziert wird, scheint im etatistischen Deutschland nur schwer vorstellbar. Sie hätte auch in Italien nicht die dauerhafte Kraft entfalten können ohne das intensive Zusammenspiel von unterschiedlichen weltanschaulichen und berufsständischen Organisationen der Zivilgesellschaft, die gemeinsam gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen System durchsetzungsfähig wurden. Die Entwicklung der Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung in Italien ist ein überzeugendes Beispiel für den Erfolg aktiver staatlicher Förderung sozialökonomischer Selbstorganisation als gestaltende Sozialpolitik. Diese Kooperativen nehmen soziale, bildungsspezifische und gesundheitsbezogene Aufgaben wahr, verfolgen die Integration Benachteiligter ins Erwerbsleben oder kombinieren Dienstleistungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich mit Beschäftigungsintegration. Neben der teilweisen Entlastung in den Bereichen Einkommenssteuer, Sozialabgaben und Beiträgen für Versicherungen und Pensionskassen, werden die Sozialgenossenschaften finanziell gefördert und verfügen über eine eigene kooperative Infrastruktur auf regionaler und überregionaler Ebene.

NATURATA 20 Joer 1989-2009
Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern

- 1 **Rollingergrund**
 - Lebensmittelgeschäft
 - Bio-Metzlerei Quintus
- 2 **Merl**
 - Lebensmittelgeschäft
- 3 **Luxembourg**
 - Centre-ville (Grand-Rue)
 - Snack
- 4 **Munsbach**
 - Supermarkt - Lebensmittel
 - Restaurant & Catering
 - Akzent (Naturkleider, Spielwaren, Bücher)
- 5 **Erpeldange**
 - Lebensmittelgeschäft
- 6 **Hupperdange**
 - Hof-Laden Schanck-Haff
- 7 **Dudelange**
 - Lebensmittelgeschäft
- 8 **Foetz**
 - Lebensmittelgeschäft

Goûtez le bio, goûtez la vie!

Äre Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmëtzel

Ansatzpunkt sozialpolitischer Reformbemühungen sollte tatsächlich die Arbeitslosigkeit sein. Doch Arbeitslose und Arme müssen durch kollektive Selbstorganisation zu einer sozialen Bewegung werden können.

Die neuen sozialökonomischen Assoziationen sind in den westlichen Industriestaaten weitgehend getragen von organisationsfähigen BürgerInnen, die auch in solidarökonomischen Formen – z. B. in Sozialgenossenschaften – für und mit benachteiligten Menschen um deren Teilhaberechte kämpfen. Assoziationen zeichnen sich durch die Prinzipien der Freiwilligkeit des Zusammenschlusses, der Solidarität und Gleichberechtigung ihrer Mitglieder aus.

Gestaltende Sozialpolitik müsste von folgenden grundlegenden Prämissen ausgehen:

1. Sie verteidigt die sozialen und ökologischen Lebensinteressen und stellt diese über Eigentumsinteressen.
2. Sie ermöglicht sozialproduktive Teilhabe durch selbstorganisierte und gemeinschaftliche Aktivitäten im sozialen Umfeld sowie Teilhabe an sozialen Beziehungen und Kommunikation in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen.
3. Das Soziale ist integraler Bestandteil sozialökonomischer Lösungen. Soziale Probleme werden nicht als der Ökonomie extern betrachtet und bearbeitet.
4. Öffentliche Aufgaben werden in pluralen und demokratischen Formen – z. B. in Multi-Stakeholder-Unternehmen – effektiv und synergetisch organisiert.
5. Soziale Kommunalpolitik nutzt materielle Ressourcen und Sozialkapital in sozialproduktiver Weise, generiert und bewirtschaftet materielle Ressourcen und Sozialkapital.
6. Sie eröffnet Lernmöglichkeiten und Möglichkeitsräume für das Experimentieren mit neuen Ansätzen gesellschaftlicher Problemlösung auch und insbesondere da, wo Menschen in Ausgrenzung leben. Erforderlich sind neue Organisationsformen insbesondere im Wirtschaftssystem, im Bildungssystem und im politisch-administrativen System.¹⁸
7. Sie orientiert sich an einer pluralen Ökonomie, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient und die ökologischen Grenzen respektiert.
8. Sie bedarf der Möglichkeit eigenständiger Ressourcengenerierung durch Agieren im Markt und in nicht-marktförmigen Ökonomien für soziale Zielsetzungen.
9. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit ist die Entlastung der betroffenen Menschen von erpressenden Existenznöten durch eine garantierte Grundsicherung und vom entwürdigenden Zwang zur Arbeit als Gegenleistung für Transfergelder erforderlich. Die teilweise Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen ist Basis für die Herausbildung neuer sozial eingebundener Ökonomien.

Das Sozialpolitische entwickelt sich in kollektiven Ansätzen der Bewältigung sozialer Probleme.

Heute, ebenso wie in der Zeit der sich formierenden Arbeiterbewegung, ist die Erfahrung und Reflexion gleicher Betroffenheitslagen und gemeinsamer Interessen Voraussetzung kollektiver Handlungsfähigkeit.

Der neuen Enteignungsökonomie stehen in allen Weltregionen kollektive Akteure gegenüber, die grundlegende Lebensrechte zu verteidigen suchen und sozial eingebundene Ökonomien als Gegenentwürfe realisieren. Sie sind Teil einer neuen sozialen Politik von unten, die trotz heftiger Widerstände auf längere Dauer sozialen Wandel zeitigen wird. Es geht unter den veränderten historischen Bedingungen nicht nur um die Wiedergewinnung politischer Regulierung der Marktkräfte und den Schutz von Menschen und Gemeinwesen vor ihren Übergriffen, sondern um die Herausbildung und Erhaltung pluraler, in die Lebenswelten eingebundener Formen einer eigenständigen Ökonomie des Gemeinwesens. ♦

¹ Wendt, Wolf Rainer (2000): „Bewirtschaftung des Sozialen in Humandiensten“. In: Elsen, Susanne/Lange, Dietrich/Wallmann, Isidor (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ökonomie. Neuwied, S. 67.

² Bezeichnung für nicht privat veräußerbare Nutzungseigentum

³ Weiterführende Diskussionen zu den hier aufgeführten Fragen in: Elsen, Susanne (2007): Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München.

⁴ Wendt, Wolf-Rainer (2000): a.a.O., S. 67.

⁵ Die im Mai 1982 verabschiedete Charta der économie sociale umfasst sieben Artikel, die die Koordinationsprinzipien des Sektors konkretisieren.

⁶ Elsen, Susanne (2004): „Bürgerschaftliche Aneignung gegen die Enteignungsökonomie“. In: SOZIALEXTRA, 28. Jahrgang, Heft 7-8, S. 42-49.

⁷ Frankreich hat seit 1999 ein Staatssekretariat für diesen Sektor.

⁸ Zur Ideengeschichte der Gemeinwesenökonomie: Elsen, Susanne (1998): Gemeinwesenökonomie. Neuwied, S. 64 f.

⁹ Eine Dokumentation gemeinwesenorientierter Geldsysteme in: Elsen, Susanne (2007): a.a.O., S. 218 ff.

¹⁰ Lietaer, Bernard A. (2002): Das Geld der Zukunft. München, S. 324 f.

¹¹ Vgl. Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main, S. 156.

¹² Dazu gehören beispielsweise die Ökonomien der indigenen Gemeinschaften im Regenwald.

¹³ Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main, S. 158.

¹⁴ Vgl. Pankoke, Eckart (2000): „Freie Assoziationen“. In: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Opladen, S. 189 f.

¹⁵ Mit dieser Definition bezieht er sich u. a. auf: Cohen, Jean/Arato, Andrew (1994): Civil Society and Political Theory. Massachusetts.

¹⁶ Ebd., S. 140.

¹⁷ Altner, Günther (2004): „Ein Wert an sich. Vielfalt und Nachhaltigkeit“. In: Politische Ökologie, Heft 91-92, S. 19.

¹⁸ Sommerfeld, Peter (2004): „Sind gesellschaftliche Probleme gemeinschaftlich lösbar?“ In: Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Wiesbaden, S. 247.